

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hartwig Fischer (Göttingen),
Eckart von Klaeden, Anke Eymmer (Lübeck), weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Dr. Herta Däubler-Gmelin, Gert Weisskirchen (Wiesloch),
Niels Annen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/4414 –**

Für eine Politik der gleichberechtigten Partnerschaft mit den afrikanischen Ländern

A. Problem

Die Entwicklungen der letzten Jahre in zahlreichen Staaten Afrikas stimmen insgesamt zuversichtlich. So sind im Bereich Frieden und Sicherheit deutliche Fortschritte erzielt worden, etwa in Sierra Leone, Liberia oder Angola. Es existieren jedoch nach wie vor viele ungelöste Konflikte, beispielsweise in Somalia, der Elfenbeinküste und Äthiopien/Eritrea. Im Bereich der Menschenrechte hat sich zwar vieles zum Guten entwickelt, es bestehen aber weiterhin schwerwiegende Defizite, insbesondere in der sudanesischen Provinz Darfur. Dem beachtlichen Zuwachs an demokratischen Strukturen steht ein immer noch bedenkliches Ausmaß an Korruption gegenüber. Die Lebensbedingungen in Afrika haben sich teilweise zwar verbessert – zu nennen ist hier insbesondere die Senkung der Analphabetenquote –, doch überwogen in diesem Bereich zuletzt die Rückschläge. Vor allem Afrikas Zurückbleiben bei der Reduzierung von Armut, aber auch die Ausbreitung von HIV/AIDS stellen gravierende Probleme dar. Im Bereich Wirtschaft und Handel ist zum einen ein erfreulich hohes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Zum anderen ist der Aufschwung aber noch sehr fragil und basiert zum Großteil auf der erhöhten Nachfrage nach Rohstoffen. Letztere steht auch im Vordergrund des neu erwachten chinesischen und indischen Interesses am afrikanischen Kontinent.

Die Lösung der genannten Probleme ist primär die Aufgabe Afrikas. Dringend notwendig erscheinen allerdings auch gemeinsame Anstrengungen mit nicht-afrikanischen Staaten. In den vergangenen Jahren gab es bereits diesbezügliche Fortschritte: die Beschlüsse des Millenniumsgipfels der Vereinten Nationen und deren Engagement bei der Beilegung von Konflikten, der Dialogprozess zwischen G8- und NEPAD-Staaten (NEPAD: Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung) und das Angebot einer neuen strategischen Partnerschaft im Rahmen der EU-Afrika-Strategie. Diesen Initiativen mangelt es bislang allerdings

an Kohärenz, und es droht ein Scheitern der Entwicklungsrunde im Rahmen der Verhandlungen mit der Welthandelsorganisation (WTO).

Die Bundesregierung sollte sich vor diesem Hintergrund für einen größeren Stellenwert deutscher und europäischer Afrikapolitik einsetzen. Dazu gehört unter anderem die Stärkung der diplomatischen Präsenz Deutschlands in Afrika. Die Umsetzung des G8-Aktionsplans für Afrika und die Afrikastrategie der EU sollten in enger Abstimmung mit den afrikanischen Partnern vorangetrieben werden. Die Afrikanische Union (AU) und das AU-Parlament sowie weitere panafrikanische oder regionale Foren und Initiativen sicherheitspolitischer Kooperation sollten nachhaltig gestärkt werden. Unterstützt werden sollte zudem die NEPAD-Initiative.

Weiterhin sollten ein verbesserter Menschenrechtsschutz, eine Stärkung der Rolle der Frauen und Projekte gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten angestrebt werden. Gestärkt werden sollten ferner die nationalen und regionalen Parlamente in Afrika, um die Unabhängigkeit der Abgeordneten zu gewährleisten und Korruption vorzubeugen. Eine größere Rolle sollte auch der interreligiöse Dialog, insbesondere zwischen Christen und Muslimen, spielen.

Gemeinsam mit den afrikanischen Partnern müssen darüber hinaus die Ursachen für den Anstieg illegaler Migration in die EU bekämpft werden. Auf europäischer Ebene ist eine mit den afrikanischen Staaten abgestimmte Strategie für den Umgang mit Flüchtlingen notwendig.

Im Hinblick auf gerechte Handelschancen für die Staaten Afrikas sollte in der EU und der WTO auf eine baldige und effektive Wiederaufnahme der Welthandelsgespräche in der Doha-Runde gedrängt werden. Der gesellschaftliche, akademische und kulturelle Austausch zwischen Deutschland und Afrika sollte auch im Rahmen von Städte- und Gemeindeparterschaften weiter ausgebaut werden. Zur Absicherung der positiven Entwicklungen in Afrika erscheint es geboten, einen intensiven Dialog mit China und anderen Akteuren über Afrika zu suchen.

B. Lösung

Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/4414 anzunehmen.

Berlin, den 25. April 2007

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Anke Eymer (Lübeck)
Berichterstatterin

Brunhilde Irber
Berichterstatterin

Marina Schuster
Berichterstatterin

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Anke Eymer (Lübeck), Brunhilde Irber, Marina Schuster, Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/4414** in seiner 83. Sitzung am 2. März 2007 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und dem Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 25. April 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 25. April 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 25. April 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen

FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 24. April 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 25. April 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 25. April 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 25. April 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Zustimmung.

III. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 39. Sitzung am 25. April 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Berlin, den 25. April 2007

Anke Eymer (Lübeck)
Berichterstatlerin

Brunhilde Irber
Berichterstatlerin

Marina Schuster
Berichterstatlerin

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatler

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatlerin